

FR: Mi., 30.08.2006

Linke wollen Aufklärung zum Linien-Verkauf

Fraktionschef: Anschuldigungen der Bus-Fachverbände müssen beantwortet werden

Die Fraktion Die Linken fordert „Aufklärung“ über den Verkauf der KvK-Linien in Bad Hersfeld und Hünfeld an die Überlandwerke AG (ÜWAG) Fulda.

HANAU · Diesmal sollten den „Verantwortlichen die Warnlichter angehen“, schreibt Fraktionschef Jochen Dohn in einer Pressemitteilung. Es sei an der Zeit, die Anschuldigungen, die unter anderem der Fachverband Omnibusverkehr Hessen und der Landesverband Hessischer Omnibusunternehmen erheben, zu klären. Danach wird das Übernahmengeschäft zwischen KvK und der ÜWAG als „Trickserei im KvK-Skandal“, als Verschleudern von Steuergeldern und von

„dubiosen Beträgen“ angeprangert. Außerdem werde den Handelnden mangelnde Transparenz vorgeworfen, so Dohn: „Schon Ende 2004 hatten die Verbände davon gesprochen, dass das Linienangebot der HSB-Tochter Kraftverkehr Kinzigtal nicht auskömmlich war.“ Das sei damals aber heruntergespielt worden.

Wie berichtet, übernimmt die ÜWAG am 1. September die Busverkehre in den beiden osthessischen Städten. Die KvK hatte die Konzessionen 2005 nach einem extrem niedrigen Angebot erworben. Das prognostizierte Defizit bei den Betriebsausgaben wird sich bis zum Konzessionsende im Jahr 2013 auf rund neun Millionen Euro belaufen. Die

städtische Beteiligungsholding Hanau hat sich mit dem Verkauf verpflichtet, diese Differenz zu übernehmen, um der ÜWAG einen verlustfreien Betrieb der Buslinien ermöglicht.

Die KvK will in den kommenden Jahren alle Konzessionen verkaufen, um geschlossen werden zu können. Sollte dies bis voraussichtlich 2008 nicht gelingen, könnte die Stadt Hanau nach einer Verordnung des Landes Hessen die innerstädtischen Buslinien nicht direkt an die Hanauer Straßenbahn (HSB) vergeben, sondern müsste sie ausschreiben. Wegen der hohen Kosten beim Personal würde dabei vermutlich die HSB nicht den Zuschlag erhalten. SUN